

Pressemitteilung

Zweite Rheinbrücke/ Querspange/ Bürgervereine

Stadtverwaltung fordert bedarfsgerechte Planung der Querspange und will eine Nordtangente light verhindern

Ergebnis aus gemeinsamem Termin mit den Bürgervereinen zum Anschluss der B36 an die zweite Rheinbrücke

Die Stadtverwaltung Karlsruhe appelliert an den Bund, die angestrebte Verkehrswende und den Schutz von Anwohnenden in die Planung für die Querspange zwischen der zweiten Rheinbrücke und der B 36 stärker einzubeziehen. Die Dimension und die Lage der Anschlussstraße zur B36 muss am tatsächlichen Bedarf und den notwendigen Änderungen für eine klimaverträgliche Mobilität ausgerichtet werden. Diese Folgerung zieht die Stadt nach einem Austausch mit den Bürgervereinen der besonders betroffenen Stadtteile im Vorfeld der Öffentlichkeitsbeteiligung des Regierungspräsidiums am 4. Oktober.

Die Planung des Regierungspräsidiums sieht für die Verbindung von der zweiten Rheinbrücke an die B36, die sog. Querspange, nur noch Varianten südlich der Kläranlage bei Neureut vor: Die Variante 1b ist kürzer und grenzt näher an Knielingen an, die Variante 3d rückt zunächst weiter von den Siedlungsbereichen ab. Die Stadtverwaltung erkennt an, dass aus rechtlichen Gründen nur diese Varianten weiterverfolgt werden können. Der ursprüngliche Favorit der Stadtverwaltung, Variante 2 mit Anschluss nördlich der Kläranlage, musste aus Artenschutz- und Kostengründen leider entfallen „Wir favorisieren nun eindeutig die Variante 3d, der Schutz der Menschen muss hier Vorrang haben“, betont Karlsruhes Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup.

Aus Sicht der Stadtverwaltung muss zudem gewährleistet werden, dass für die sensiblen Siedlungsgebiete, insbesondere in Neureut, keine Zusatzbelastungen durch Querungs- und Schleichverkehre entstehen. Insbesondere müsse verhindert werden, dass über die Abfahrt Neureut-Süd und die Weiterführung über Heide eine 'Nordtangente light' entstünde, so das Stadtoberhaupt. Erfreut nimmt die Stadt zur Kenntnis, dass diese Aspekte in den Untersuchungs- und Planungsumfang des Regierungspräsidiums aufgenommen werden sollen.

Hauptknackpunkt für die Stadtverwaltung bleibt weiterhin, dass die geplante Querspange vierstreifig gebaut werden soll. „Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der unverzichtbaren Verkehrswende, die der Bund und wir verwirklichen wollen, sehen wir diese Notwendigkeit nicht und halten die Pläne für inakzeptabel“, betont Oberbürgermeister Dr. Mentrup. Es ist der Stadtverwaltung bewusst, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe an die Vorgaben der Bundesverkehrswegeplanung gebunden ist. Sie fordert daher das politische Berlin auf, Möglichkeiten zu prüfen und zu schaffen, die Planung oder die Realisierung der Querspange auf einen lediglich 2-streifigen Ausbau zu reduzieren. Hierzu sollten in einem ersten Schritt neue Verkehrsprognosen unter Einbeziehung der notwendigen Mobilitätswende erstellt und zur Grundlage der weiteren Planungen gemacht werden. „Bei der Querspange ist weniger

mehr. Verträglich für Mensch und Natur, leistungsfähig und mit dem kleinstmöglichen Eingriff. Wir können die Umsetzung eines vierstreifigen Kolosses mitten durch die Landschaft nicht mittragen.“, so fasst Mentrup pointiert die Position der Stadt nach dem Gespräch mit den Bürgervereinen zusammen.